

Für die Zukunft gesattelt.

-TOP 5- Bericht zur Haushaltssituation 2021 - Stichtag 01.05.2021 -

Finanzausschuss
am 16.06.2021



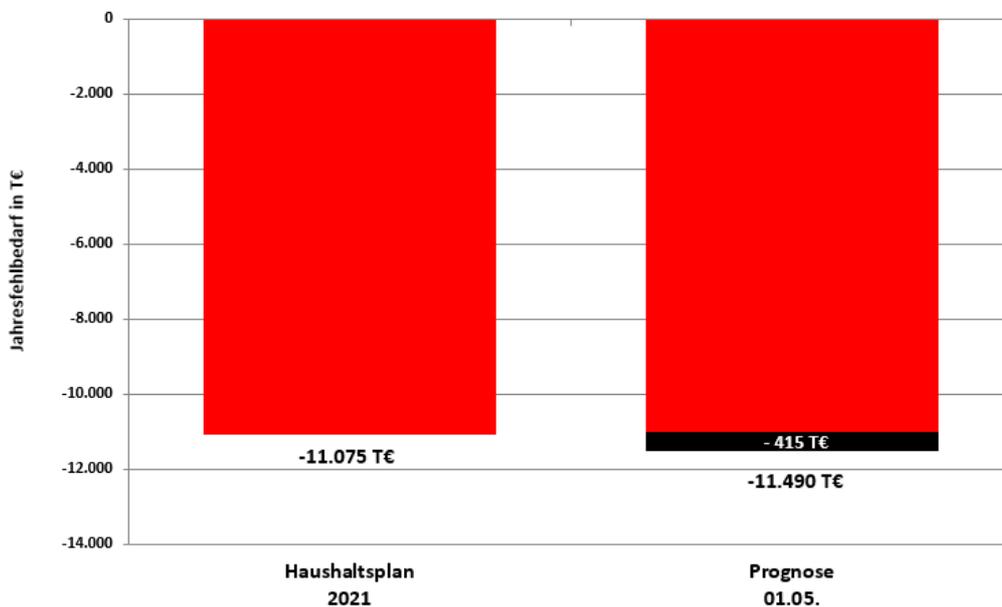
Haushaltsplan 2021



- Beschluss des Kreistages am 26.02.2021 mit Verwendung von hohen erwarteten Überschüssen aus dem Jahresabschluss 2020 zur Verringerung der Kreisumlage
- Genehmigung der Bezirksregierung am 12.05.2021:
 - „Sie haben sich mit der Haushaltssatzung 2021 erneut dazu entschieden, unter Berücksichtigung des Rücksichtnahmegebots den Haushalt nur fiktiv ausgeglichen zu planen.“
 - „Ihr Eigenkapital wird damit in diesem Jahr wiederum zugunsten der kreisangehörigen Kommunen verringert.“
 - Die Eigenkapitalentwicklung soll jedoch weiterhin beobachtet werden
 - Finanzwirtschaftliche Risiken der Corona-Pandemie sind zu beachten
- Die Haushaltsverfügung wurde am 12.05.2021 an die Kreistagsmitglieder und sachkundige Bürger des Finanzausschusses gesendet

Sitzung des Finanzausschusses am 16.06.2021 Folie 2

Entwicklung Jahresergebnis 2021 (Prognose) mit kleiner Verschlechterung



Sitzung des Finanzausschusses am 16.06.2021

Folie 3

Prognose wesentliche Veränderungen



Bereich	Ver- besserung in T€	Ver- schlechterung in T€
Personalbudget	120	
Bereich des Sozialamtes - gesamt -	220	
Bereich des Jugendamtes - gesamt -		930
Bereich des Jobcenters - gesamt -	264	
Bereich Gebührenhaushalte (ohne Jugendamt und Rettungsdienst)		55
Verkehrsbußgeldstelle		510
Kommunales Integrationszentrum (030250)	300	
Gesundheitsschutz (070130) ohne Gebühren		160
weitere Veränderungen in verschiedenen Bereichen	336	
Summe	1.240	1.655
Veränderungen insgesamt	-415	
geplantes Jahresergebnis 2021	-11.075.103	
Prognose neues Jahresergebnis 2021	-11.490.195	

Sitzung des Finanzausschusses am 16.06.2021

Folie 4

Wesentliche Verschlechterungen



- **Verschlechterung Jugendamt (rd. 930 T€)**
 - Erhöhung der Pauschalbeträge im Bereich Vollzeitpflege um 9,08 % durch Änderung des Runderlasses durch das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW (veröffentlicht am 24.02.2021)
 - Mindererträge bei den Elternbeiträgen aufgrund der zeitweisen Schließung der Kindertagesstätten
 - Mehraufwendungen durch Corona bedingte Soforthilfen im Bereich der Erziehungsberatungen
- **Verschlechterung Verkehrsbußgeldstelle (rd. 510 T€)**

Aufgrund von Personalausfällen, Ausfällen bei der Messtechnik und aufgrund witterungsbedingter Ausfälle durch den Wintereinbruch im Februar 2021 (Ansatz: 4,25 Mio. €)

Wesentliche Verbesserungen



- **Verbesserung Kommunales Integrationszentrum (rd. 300 T€)**
 - Gewinnausschüttung der Sparkasse Münsterland Ost
 - aktuelle Prognose: für 2019 (207 T€) und 2020 (182 T€)
 - In der Haushaltsplanung 2021 nicht eingeplant, da nicht absehbar
 - Nicht verwendete Beträge werden erfolgsneutral in die Folgejahre übertragen

➔ Die Mittel sollen wieder zweckgebunden für förderfähige Projekte des Kommunalen Integrationszentrums verwendet werden
- **Verbesserung Jobcenter (rd. 264 T€; Gesamtbudget: 112 Mio. €)**
 - vor allem:
 - Mehrerträge bei den Kosten der Unterkunft (KdU) insbesondere durch eine Erhöhung des Prozentsatzes für die Flüchtlings-KDU
 - Mehrerträge bei den Erstattungen durch Sozialleistungsträger und der Erstattung überzahlter Leistungen
 - Minderaufwendungen im Bereich Bildung und Teilhabe
 - Prognose der Bedarfsgemeinschaften gemäß Ansatz (Ø 7.350 BG)

Bewertung zum 01.05.2021



- 11,075 Mio. € Jahresfehlbetrag gemäß Haushaltsplan 2021
- 415 T€ weitere Verschlechterung gemäß Finanzstatusbericht
- 11,490 Mio. € Jahresfehlbetrag



Deckung durch Ausgleichsrücklage weiterhin möglich

Folie 7

Finanzielle Auswirkungen Corona (Bericht gem. § 2 Abs. 2 NKF-CIG)



Gesamtaufstellung der Corona bedingten Sachkosten und Ertragseinbußen Finanzstatusbericht zum 01.05.2021:

Dezernat	Finanzielle Auswirkung	Größte Positionen
I	-50 T€	Aufwendungen für IT-Ausstattungen und Allgemeine Geschäftsaufwendungen aufgrund der Corona-Pandemie
II	-40 T€	Hauptsächlich Mindererträge bei den Gebühren aufgrund der Reduzierung von Plankontrollen im Lebensmittelbereich (50 T€). Dagegen stehen Minderaufwendungen bei den Reisekosten insbesondere bei den Bahnreisen (10 T€).
III	-320 T€	Amt für Bildung, Kultur und Sport: + 40 T€ Sozialamt: -230 T€ Amt für Kinder, Jugendliche und Familien: -170 T€ Gesundheitsamt: -240 T€ Grundsicherung für Arbeitssuchende: +280 T€
IV	-	
Gesamt	-410 T€	<i>(bereits im Gesamtergebnis des Finanzstatusberichtes enthalten)</i>

Finanzielle Auswirkungen Corona gem. Haushaltplan 2021: rd. 2,3 Mio. €

Folie 8

Wesentliche Auswirkungen Dezernat III:



- Amt für Bildung, Kultur und Sport (+ 40 T€)
 - unter anderem coronabedingte Mehraufwendungen in den Schulen, dagegen Minderaufwendungen im Bereich der Schülerbeförderung
- Sozialamt (- 230 T€)
 - Corona-Sonderzahlungen für Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung Alter/Erwerbsminderung im Mai 2021 (Sozialschutzpaket III)
 - Minderaufwand im Rahmen der Sozialen Teilhabe
- Amt für Kinder, Jugendliche und Familien (-170 T€)
 - Erhöhter Bedarf im Bereich der sozialpädagogischen Förderung, bei den Soforthilfen und den Erziehungsberatungen
 - Aufgrund des eingeschränkten Regelbetriebes bzw. der zeitweisen Schließung der „Kitas“ ergeben sich Mindererträge bei den Elternbeiträgen

Wesentliche Auswirkungen Dezernat III:



- Gesundheitsamt (- 240 T€)
 - Aufwendungen u. a. für die Errichtung und den Betrieb der Abstrichstellen und Testzentren
 - Geringere Gebühren im Bereich des Gesundheitsschutzes (nahezu keine Belehrungen im Rahmen der Apothekenaufsicht oder Gefahrstoffprüfungen)
- Jobcenter (280 T€)
 - Minderaufwendungen durch Ausfälle von Klassenfahrten und –ausflügen und aufgrund nicht in Anspruch genommener Schülerbeförderungen sowie Minderaufwendungen im Bereich der Mittagsverpflegung

Vermögensanlagen des Kreises



kvw Versorgungsfonds	
Einzahlungen im Jahr:	in Höhe von Mio. €
2011	3,5
2012	1,9
2013	1,0
2014	1,0
2015	0,3
2016	0,5
2017	1,0
2018	1,0
2019	2,0
2020	2,0
Summe Einzahlungen:	14,2
Vermögensstand am 30.04.21	16,0

DZ-Privatbank (früher DZ-Bank), Wertsicherungsanlage	
Einzahlungen im Jahr:	in Höhe von Mio. €
2012	5,0
2013	1,0
2014	1,0
2015	0,7
2016	0,5
2017	1,0
2019	0,0
2020	0,5
Summe Einzahlungen:	9,7
Vermögensstand am 30.04.2021	11,3

BW-Bank	
Einzahlungen im Jahr:	in Höhe von Mio. €
2019	5,0
2020	2,5
Summe Einzahlungen:	7,5
Vermögensstand am 30.04.21	8,0

Summe Einzahlungen in Vermögensanlagen	31,4
Vermögensstand 30.04.2021	35,3

Die Ausgleichsverpflichtung der Wertsicherungsanlage endet am 17.02.2022. Der Vermögensverwaltungsvertrag mit der DZ-Privatbank läuft weiter.

Ausblick 2021/2022: ÖPNV-Rettungsschirme 2020 und 2021



- Der ÖPNV-Rettungsschirm 2020 deckt für den Kreis Warendorf das Corona-Defizit i. H. v. 493 T€ bei der RVM
- Der ÖPNV-Rettungsschirm 2021 wurde vom Bundeskabinett im Mai beschlossen. Der Gesetzesentwurf wird momentan beraten. Die Bundesbeteiligung beläuft sich 2021 auf 1,0 Mrd. € (2020 bereits 2,5 Mrd. €). Aufgrund der paritätischen Finanzierung steuern die Bundesländer für 2020 und 2021 zusammen ebenfalls 3,5 Mrd. bei.
- Der Kreis Warendorf wird auch für 2021 entsprechende Mittel aus dem ÖPNV-Rettungsschirm beantragen.
- Im Kreishaushalt 2021 ist eine Verlustabdeckung für die RVM in Höhe von rd. 2,2 Mio. € vorgesehen. Eine Verringerung der Verlustabdeckung 2021 ist nicht zu erwarten, da bei der Ermittlung bereits ÖPNV-Rettungsschirmmittel 2021 eingerechnet wurden. Für den Kreis Warendorf wird eine Corona-Ergebnisbelastung 2021 von rd. 662 T€ prognostiziert, hier wird eine Deckung aus Mitteln des ÖPNV-Rettungsschirms erwartet (RVM insgesamt 2,7 Mio. €).
- Normalisierung für 2022 erwartet

Ausblick 2022 : Bund und Land



- „Den Kommunal финанzen droht ‚Long-Covid‘.“
„[Laut Ergebnissen des aktuellen KfW-Kommunalpanels] erwarten 85 Prozent der Städte, Kreise und Gemeinden krisenbedingt geringere Einnahmen, während 52 Prozent gleichzeitig höhere Ausgaben auf sich zukommen sehen.“

(Der Neue Kämmerer 06.05.2021)
- Institut der deutschen Wirtschaft (IW): „Rund 650 Milliarden Euro neue Schulden werden Bund, Länder und Kommunen in den Jahren 2020 bis 2022 [aufgrund der Pandemie] aufgenommen haben“
- GFG 2022
 - ggf. Aufstockung der verteilbaren Ausgleichsmasse im GFG 2021 mit Rückzahlungsverpflichtung; für GFG 2022 noch offen
 - Anpassung der Grunddaten, insbesondere Soziallastenansatz mit Umverteilung in den kreisfreien Raum
 - Hebesatzstaffelung der Gewerbesteuer vom ländlichen Raum gefordert

Ausblick 2022: Prognosen für den Kreishaushalt



- Eing geplante Erhöhung im Haushaltsplan 2021 für die Kreisumlage im Jahr 2022: +7,72 Mio. €
- Prognose zur Steuerkraftschätzung der Gewerbesteuern der Städte und Gemeinden für das GFG 2022 insgesamt positiv, Auswirkungen der Corona-Pandemie: über 100 Mio. € in den Haushalten der kreisangehörigen Kommunen für 2021 - 2024
- LWL: prognostizierter Anstieg der Landschaftsumlage von 15,4 % (2021) auf 16,6 % in 2022 (7,8 % Steigerung bei gleichen Umlagegrundlagen; im Haushalt 2021: 71,84 Mio. €)
- Besondere Kostensteigerungen der Kreisverwaltung 2022: Personal, Hoch- und Tiefbau, Digitalisierung, Jugendamt (insbesondere Schulsozialarbeiter und Pflegekinder), Sozialamt (deutliche Steigerungen bei den Schulsozialarbeitern)

→ Allgemein steigende Preise / „Inflation“
- Sprung bei Entnahme der Ausgleichsrücklage 2021/2022: 11,1 Mio. € / 3,1 Mio. €

➔ Schwierige Ausgangslage für das Jahr 2022

Für die Zukunft gesattelt.



Stellen Sie gerne Ihre Fragen!

Kreis Warendorf
Waldenburger Straße 2
48231 Warendorf
www.kreis-warendorf.de

